



Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2017/2145(DEC)

31.1.2018

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Haushaltskontrollausschuss

zur Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016, Einzelplan X – Europäischer Auswärtiger Dienst
(2017/2145(DEC))

Verfasser der Stellungnahme: Cristian Dan Preda

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt, dass der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seinen Verwaltungshaushalt 2016 umgesetzt hat, ohne dass dieser mit wesentlichen Fehlern behaftet war; stellt fest, dass aus den Ex-post-Kontrollen hervorgegangen ist, dass die Fehlerquote gegenüber 2015 zugenommen hat; betont nachdrücklich, dass die Anstrengungen zur Verringerung der beträchtlichen Zahl der bei Ex-ante-Überprüfungen von Finanztransaktionen festgestellten Unregelmäßigkeiten verstärkt werden müssen;
2. stellt fest, dass Ende 2016 31,7 % des Personals des EAD aus den Mitgliedstaaten stammten (25,3 % am Hauptsitz und 40,8 % in den Delegationen); fordert eine ausgewogenere Verteilung des Personals im Einklang mit dem Beschluss 2010/427/EU¹ des Rates; begrüßt die Zusage der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik an das Parlament, sich mit der derzeitigen Überrepräsentierung von nationalen Diplomaten in Delegationsleiterstellen zu befassen;
3. nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass auf die 13 Mitgliedstaaten, die der Union seit 2004 beigetreten sind, 19,6 % der gesamten AD-Mitarbeiter des EAD entfallen, was ihrem Anteil an der EU-Bevölkerung annähernd entspricht (20,6 %); weist gleichwohl darauf hin, dass sie nur 13,28 % der Führungspositionen besetzen, und betont, dass dieser Prozentsatz unter Wahrung einer leistungsorientierten Einstellungspolitik weiter erhöht werden sollte, um ihren Anteil an der EU-Bevölkerung im EAD widerzuspiegeln;
4. bekräftigt erneut seine Besorgnis über die geschlechtsspezifischen Ungleichgewichte bei den Führungskräften im EAD; nimmt zur Kenntnis, dass die Zahl der weiblichen Führungskräfte leicht gestiegen ist, und betont, dass weitere Anstrengungen unternommen werden sollten, um die derzeitige Quote (23,99 %) zu erhöhen; begrüßt in diesem Zusammenhang, dass der Generalsekretär des EAD eine Taskforce „Gender“ eingesetzt hat;
5. stellt fest, dass der EAD 2016 die Umsetzung der obligatorischen Reduzierung des Statutspersonals um 1 % fortgesetzt hat; betont jedoch, wie wichtig es ist, dass die ehrgeizigen Ziele der in der Globalen Strategie festgelegten außenpolitischen Maßnahmen der Union mit angemessenen Ressourcen einhergehen, sowohl in der Zentrale als auch in den Delegationen der Union; weist darauf hin, dass die Wirksamkeit der Maßnahmen der Union vor Ort nicht durch eine erdrückende Arbeitsbelastung des Personals beeinträchtigt werden sollte, insbesondere in kleinen Delegationen oder wenn eine Delegation für mehr als ein Land zuständig ist;
6. begrüßt die Einrichtung der Unterstützungsplattform für Missionen zur Bereitstellung einer zentralisierten administrativen Unterstützung für die GSVP-Missionen; weist

¹ Beschluss 2010/427/EU des Rates vom 26. Juli 2010 über die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes (ABl. L 201 vom 3.8.2010, S. 30).

darauf hin, wie wichtig es ist, sich mit der Finanzierung der Plattform innerhalb eines klaren und transparenten Rahmens für die Zuweisung und Verwendung ihrer Mittel zu befassen, wobei die Wirkung des bereits vorhandenen Ausgabenvolumens maximiert werden muss, damit dort, wo sie eingesetzt wird, eine spürbare Wirkung erzielt wird, die auch wahrgenommen wird;

7. begrüßt die Darlehensfazilität in Höhe von 200 Mio. EUR zur Verbesserung der Verwaltung der Gebäudepolitik und fordert eine Aufstockung dieser Darlehensfazilität;
8. weist darauf hin, dass der Europäische Rechnungshof sowohl 2015 als auch 2016 Schwachstellen bei den von den Delegationen der Union durchgeführten Vergabeverfahren für Aufträge im Wert von weniger als 60 000 EUR festgestellt hat; begrüßt die vorgeschlagenen Änderungen, die ab 2018 in Bezug auf Schulungspläne und Vertragsmuster eingeleitet werden sollen, und sieht einer diesbezüglichen Verbesserung der Effizienz erwartungsvoll entgegen;
9. fordert den Rat und den EAD auf, ihrer rechtlichen Verpflichtung nachzukommen, dem Europäischen Parlament unverzüglich und ohne Aufforderung alle einschlägigen Dokumente im Zusammenhang mit Verhandlungen über internationale Abkommen, einschließlich der Verhandlungsrichtlinien, vereinbarten Texte und Protokolle jeder Verhandlungsrunde, gemäß Artikel 218 Absatz 10 AEUV zu übermitteln, wonach das „Europäische Parlament in allen Phasen des Verfahrens unverzüglich und umfassend unterrichtet wird“; erinnert den Rat und den EAD daran, dass der Gerichtshof der Europäischen Union aufgrund des Verstoßes gegen Artikel 218 Absatz 10 in der Vergangenheit bereits die Beschlüsse des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss mehrerer Abkommen für nichtig erklärt hat, und betont, dass die Zustimmung des Parlaments zu neuen Abkommen, wie etwa dem umfassenden und erweiterten Partnerschaftsabkommen mit Armenien, auch in Zukunft verweigert werden kann, bis der Rat und der EAD ihrer rechtlichen Verpflichtung nachgekommen sind;
10. stellt mit Genugtuung fest, dass auf der Grundlage der Feststellungen des Europäischen Rechnungshofs aus den Jahren 2015 und 2016, wonach bestimmte Schwachstellen bei den Einstellungsverfahren für lokale Bedienstete in den Delegationen und bei den von den Delegationen organisierten Vergabeverfahren bestanden, einige Schritte unternommen wurden, um die Qualität der vom EAD ab 2018 durchgeführten Verfahren zu verbessern; stellt jedoch fest, dass diese Verbesserungen substantiell sein müssen und dass erkennbar sein muss, dass in Bezug auf Rechenschaftspflicht und Transparenz seitens des EAD klare und messbare Fortschritte erzielt wurden;
11. stellt fest, dass der EAD der im Sonderbericht Nr. 14/2013 des Europäischen Rechnungshofs ausgesprochenen Empfehlung, einen detaillierten Aktionsplan aufzustellen, um die Wirksamkeit der Unterstützung der Union für Palästina zu erhöhen, noch nicht nachgekommen ist; fordert den EAD auf, diese Empfehlung in Zusammenarbeit mit der Kommission uneingeschränkt umzusetzen;
12. begrüßt die Entscheidung der Union, als Reaktion auf die Empfehlung des Europäischen Bürgerbeauftragten bezahlte Praktika in ihren ausländischen Delegationen anzubieten und diese Praktika auch jungen Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln zugänglich zu machen, wobei der Grundsatz der Nichtdiskriminierung zu beachten ist.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	23.1.2018
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 49 -: 6 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Lars Adaktusson, Michèle Alliot-Marie, Francisco Assis, Petras Auštrevičius, Amjad Bashir, Bas Belder, Goffredo Maria Bettini, Victor Boștinaru, Elmar Brok, Klaus Buchner, James Carver, Fabio Massimo Castaldo, Lorenzo Cesa, Javier Couso Permuy, Arnaud Danjean, Georgios Epitideios, Eugen Freund, Michael Gahler, Iveta Grigule-Pēterse, Sandra Kalniete, Tunne Kelam, Janusz Korwin-Mikke, Andrey Kovatchev, Eduard Kukan, Ilhan Kyuchyuk, Ryszard Antoni Legutko, Sabine Lösing, Andrejs Mamikins, Alex Mayer, David McAllister, Tamás Meszerics, Francisco José Millán Mon, Clare Moody, Javier Nart, Pier Antonio Panzeri, Ioan Mircea Pașcu, Alojz Peterle, Tonino Picula, Jozo Radoš, Sofia Sakorafa, Alyn Smith, Jaromír Štětina, Dubravka Šuica, László Tőkés, Miguel Urbán Crespo, Ivo Vajgl
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Brando Benifei, Rebecca Harms, Marek Jurek, Jo Leinen, Miroslav Poche, Traian Ungureanu, Bodil Valero, Marie-Christine Vergiat
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Barbara Kudrycka, Tiemo Wölken

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

49	+
ALDE	Petras Auštrevičius, Iveta Grigule-Pēterse, Ilhan Kyuchyuk, Javier Nart, Jozo Radoš, Ivo Vajgl
ECR	Amjad Bashir, Bas Belder, Marek Jurek, Ryszard Antoni Legutko
EFDD	Fabio Massimo Castaldo
PPE	Lars Adaktusson, Michèle Alliot-Marie, Elmar Brok, Lorenzo Cesa, Arnaud Danjean, Michael Gahler, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Sandra Kalniete, Tunne Kelam, Andrey Kovatchev, Barbara Kudrycka, Eduard Kukan, David McAllister, Francisco José Millán Mon, Alojz Peterle, Jaromír Štětina, Dubravka Šuica, László Tőkés, Traian Ungureanu
S&D	Francisco Assis, Brando Benifei, Goffredo Maria Bettini, Victor Boștinaru, Eugen Freund, Jo Leinen, Andrejs Mamikins, Alex Mayer, Clare Moody, Pier Antonio Panzeri, Ioan Mircea Pașcu, Tonino Picula, Miroslav Poche, Tiemo Wölken
VERTS/ALE	Klaus Buchner, Rebecca Harms, Tamás Meszerics, Alyn Smith, Bodil Valero

6	-
EFDD	James Carver
GUE/NGL	Javier Couso Permuy, Sabine Lösing, Miguel Urbán Crespo, Marie-Christine Vergiat
NI	Georgios Epitideios

2	0
GUE/NGL	Sofia Sakorafa
NI	Janusz Korwin-Mikke

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung